

nung fehlt es nicht; wäre ihre Umsetzung nicht eine Aufgabe für den neuen Präfekten der Glaubenskongregation?

U. R.

HANS-OTTO MÜHLEISEN, **Grenzen politischer Kunst**. Verlag Schnell und Steiner, München-Zürich 1982. 157 S. 20.-DM.

Vier der fünf in diesem Band vorliegenden Beiträge sind Vorträge, die im Herbst 1981 in der Katholischen Akademie Freiburg anlässlich einer Tagung über die „Grenzen politischer Kunst“ gehalten wurden; als Ergänzung ist ein Aufsatz von *Walter Dirks* über HAP Grieshaber zu einer im Zusammenhang mit der Tagung gezeigten Ausstellung beigefügt. Dem Thema, das jeweils eher in Wahlkampf- und politisch bewegten Zeiten ins Blickfeld gerät, wird in den Aufsätzen eine umfassende Betrachtung zuteil. Prof. *Thomas Würtenberger* beleuchtet die „Rechtliche(n) Grenzen politischer Kunst in historischer Betrachtung“ von Albrecht Dürer und Lucas Cranach bis zu Georg Grosz und dem Ausklang der Weimarer Republik. Für die Gegenwart kommt er zu dem Schluß, daß der Künstler zwar so frei wie noch nie sei, aber „weder Rechte anderer, wie Ehre und Menschenwürde, verletzen, noch den Rechts- und Gemeinschaftsfrieden als lebensnotwendiges Fundament von Staat und Gemeinschaft untergraben“ dürfe. Daß der Interpretationsspielraum für die so gesetzte Grenze sich aber ständig ändert, macht schon Prof. *Hans-Otto Mühleisen* im Vorwort

deutlich: Es scheine, als sei die Auseinandersetzung um politische Kunst im Laufe der letzten Jahre in der Bundesrepublik härter geführt worden, „als hätte die Tendenz sie zurückzudrängen, juristisch gegen sie vorzugehen, ja sie möglichst verbieten zu lassen, zugenommen“. Zu fragen sei, ob die politische Kunst aggressiver geworden sei, oder ob das politische System sich in einer Richtung verändert habe, in der die Freiräume enger würden. Eine Frage, die *Klaus Staeck* als betroffener Graphiker in seinem Beitrag „Kunst und Öffentlichkeit“ dahingehend beantwortet, daß dieselben Arbeiten aus seiner Produktion, die 1972 noch als „erfrischend“ und „für die Demokratie förderlich“ eingestuft wurden, jetzt „von der einen Seite als faschistisch, von der anderen als kommunistisch, von der nächsten als hemmungslose Hetze“ kritisiert würden. Um „Kunst und Strafrecht – Aktuelle Fragen politischer Kunst“ geht es im Beitrag des Bielefelder Juristen Prof. *Wolfgang Heinz*. Da der politisch engagierte Künstler auf Öffentlichkeit angewiesen sei, bestehe die wirksamste Form der Abwehr in der Erschwerung oder Verhinderung von Öffentlichkeit. Heinz macht die Schwierigkeiten deutlich, die sich für den Juristen angesichts der Mehrdeutigkeit von Satire und Karikatur in der Rechtsprechung ergeben. Abgerundet wird der Band durch einen Beitrag von Prof. *Detlef Hoffmann* zum Thema „Wie parteiisch kann Kunst sein?“ Hoffmann: Der Künstler könne durchaus in Auseinandersetzung oder Solidarität mit einer Gruppe „Wahrheit gewinnen“; aber „für das Kunstprodukt, für Schönheit und Wahrheit, steht er ein“. C. R.

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

DUQUOC, CHRISTIAN. **Die Torheit des Kreuzes und das Humane**. In: *Concilium* Jhg. 18 Heft 5 (Mai 1982) S. 351–358.

Duquoc unterscheidet zwischen dem Kreuz als Metapher und dem Kreuz als Ereignis, um erstes Verständnis des Kreuzes vom letzteren her zu kritisieren: Durch das Kreuz als Metapher werden negative Erfahrungen und Erlebnisse in positive verwandelt und als notwendige Schritte auf dem Weg zu Gott gedeutet; es ist Metapher für die Entsagung und Ergebung. Auch das Ereignis der Kreuzigung kann so gedeutet werden, daß es die metaphorische Auslegung stützt, wenn nämlich der Tod Jesu als Drama zwischen Gott und Gott verstanden wird, in dem die göttliche Gerechtigkeit zum Ziel kommt. Demgegenüber besteht Duquoc darauf, daß die Passionsberichte nicht die Metapher eines unbestimmten Leidens illustrieren, sondern vielmehr den Weg erklären, „auf den Jesus von Nazaret durch die ihm eigene prophetische und messianische Sendung geführt worden ist“. Jesus stirbt demnach, weil er mit der Unterdrückungsgewalt eigenen Logik bricht. Das Kreuz Jesu offenbare die Unmenschlichkeit unserer Welt, es rechtfertige sie aber nicht. Sein Tod sei eine Absage an die Illusion, man könne sich eine Oase des Glücks aussparen, während man den anderen der Ausbeutung überlasse. Das Kreuz in seiner historischen Wahrheit wiederherzustellen bedeute, es nicht mehr zur Unterstützung des Inhumanen zu pervertieren, sondern als dessen Verurteilung aufzurichten

GESE, HARTMUT. **Die Frage nach dem Lebensinn: Hiob und die Folgen**. In: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* Jhg. 79 Heft 2 (Juni 1982) S. 161–179.

Das gegenüber der vorausgegangenen alttestamentlichen Überlieferung Neue im Hiobbuch sieht Gese darin, daß sich für Hiob die Einheit von Ich und Wirklichkeit auflöst; für ihn werde das Sein zu einem persönlichen Gottesverhältnis. Die Frage nach der von der Lebenswirklichkeit des Wohlseins abgelösten Frömmigkeit führe bei Hiob zum Postulat der Rechtfertigung durch Gott. Diese Rechtfertigung geschieht dadurch, daß in den Gottesreden des Hiobbuches alle menschlichen Gottesbilder entkräftet werden. Gese sieht in den Aussagen des Hiobbuchs in dreifacher Weise eine Wende des Denkens: Zum einen setzt sich die Einsicht durch, daß die Transzendenz der Gottesbeziehung auch über den Tod hinausreicht, die ewige Verbundenheit mit Gott von der physischen Existenz unabhängig ist. Zum zweiten tritt die übermenschliche Macht des Bösen stärker hervor: „Das in ein transzendentes Sein reichende und entborgene Ich erfährt auch erst die ganze Dimension des Bösen.“ Schließlich zeigt sich vom Hiobbuch an eine Hypostasierung der Weisheit zu einer transzendenten Größe.

### Kultur und Gesellschaft

JÄCKLE, RENATE. **Ärzte warnen vor dem Atomkrieg**. In: *Frankfurter Hefte* Jhg. 37 Heft 5 (Mai 1982) S. 24–30.

Die Ärztin Renate Jäckle zeichnet die Stationen des bisherigen Engagements von Ärzten gegen die Atomrüstung und ihre Beweggründe in der Bundesrepublik, aber auch in den USA und in England nach. Erstmals traten am 1. September 1981 1400 Ärzte in der Bundesrepublik mit einer Anzeige „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ an die Öffentlichkeit, ein gleichlautender Kongreß fand im Herbst mit 1600 Teilnehmern in Hamburg statt. Anfang Februar wurde in Frankfurt die deutsche Gruppe der Ärztebewegung „Internationale Ärzte für die Verhinderung eines Atomkrieges“ (IPPNW) gegründet, in England gebe es eine Ärzteinitiative, die sich „Medizinische Kampagne gegen Kernwaffen“ nenne. Seit gut einem Jahr findet in anglo-amerikanischen Fachzeitschriften eine Diskussion über die Folgen eines möglichen Atomkrieges statt. Während aber in anderen Ländern die Unmöglichkeit medizinischer Hilfe auch von offizieller Seite offen diskutiert werde, habe ihr Auftreten den gegen Atomkrieg engagierten Ärzten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit massive Vorwürfe von den Ständevertretern, insbesondere von der Bundesärztekammer, eingetragen.

SCHAU, ALBRECHT. **Zur sprachlichen Etikettierung moderner Waffensysteme**. In: *Frankfurter Hefte* 37. Jhg. Heft 6 (Juni 1982) S. 15–23.

Für die Namensgebung von Waffen und Kriegsfahrzeug konstatiert der Autor eine „Sinnentleerung beziehungsweise Sinnverkehrung“, insofern als „linguistische Umwertungsverfahren“ in Form von „Nobilisierungs-, Vitalisierungs- und Anthropomorphisierungsprozesse(n)“ stattfinden. Zwei

Zielsetzungen kommen durch die Analyse der Umwertungsverfahren zum Vorschein. Durch euphemistische Namensgebung sollten, so Schau, die Waffen erstens ihrer zerstörerischen Bedeutung entkleidet, verharmlost werden. Durch die in Gang gesetzte „Vitalisierung“ werde versucht, „Distanz und Fremdheit“ der Waffen weitgehend aufzuheben zugunsten einer suggerierten Nähe, die Vorbehalte gegenüber den Waffen abbauen solle. Die „Binnenwirkung“ gehe aber darüber hinaus: Die sprachlichen Attribute fungierten als Verstärker des Sicherheits- und Überlebensbedürfnisses der Bevölkerung, zunächst jedoch der Waffenbenutzer.

**La gauche et l'avenir de la société française.** in: *Projet* 166 (Juni 1982) S. 666–719.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat die sozialistische Regierung in Frankreich wichtige Reformen in Gang gesetzt. Sind sie so einschneidend, daß sie das Gesicht der französischen Gesellschaft verändern? Diese Frage durchzieht fünf Artikel, die sich im neuesten Heft von *Projet* vor allem mit dem ehrgeizigen Ziel der Dezentralisierung und der Suche nach einer größeren nationalen Solidarität, den zwei Schlüsselbegriffen der neuen Regierung, auseinandersetzen. In der Realität, so wird festgestellt, reiben sich diese Ziele an vielfältigen Gewohnheiten, fest abgesteckten Gruppeninteressen und einem offensichtlichen Mangel an Übereinstimmung. Zwar seien die bisherigen Bemühungen beachtlich, aber bedeutende soziale Probleme, so z. B. die soziale Sicherheit, seien noch zu unbewältigt. Wenn die neue Politik nicht in Kürze sichtbare Erfolge auf-

weisen könne, so meint man in *Projet*, bleibe die-  
ser Regierung nur das Verdienst, den Versuch un-  
ternommen zu haben, eine Logik aufzubrechen,  
die ausschließlich auf den Resultaten des wirt-  
schaftlichen Wachstums beruhe, was im Moment  
heiße: auf der Krise.

### Kirche und Ökumene

FUCHS, OTTMAR. **Verkündigung ange-  
sichts einer zunehmend distanzierteren Hörer-  
schaft.** In: *Diakonia* Jhg. 13 Heft 3 (Mai  
1982) S. 170–183.

Der Beitrag insistiert darauf, daß Distanzierte nicht als die „draußen“ betrachtet werden dürfen, sondern als grundsätzlich zur Gemeinde dazugehörige Hörerschaft. Damit relativieren sich die festen Grenzen von „innen“ und „außen“: Überall dort, wo in irgendeiner Weise Weitergabe der christlichen Botschaft erfolgt, ereignet sich Gemeinde. Verkündigung an die Fernstehenden kann sich nicht in der Optimierung und Multiplizierung dessen erschöpfen, was in der Kerngemeinde geschieht. Vielmehr sollte pastorales Handeln neue Interaktionsformen der Verkündigung erschließen, „in denen sogenannte Distanzierte ermuntert und ermutigt werden, eigene Erfahrungen, Enttäuschungen und Hoffnungen zu artikulieren“. Das bedeutet nicht den Verzicht auf die offizielle Predigt im Gottesdienst: Sie hat dann die Aufgabe, „Kommunikations- und inhaltsrelevante Initiativen aufkommen zu lassen, anzuerkennen, zueinander ins Gespräch und in Auseinandersetzung zu bringen“. Der Prediger

müsse im Lebens- und Erzählkontext seiner Gemeinde zum Sprachhelfer werden, um Alltags- und Grenzerfahrungen im Horizont der christlichen Botschaft deuten zu können. Eine erfahrungshaltige Predigt verhindere die ekklesiologischen Ursachen der Distanzierung von kirchlicher Verkündigung.

**Unterwegs zu einer Schweizerischen Evangelischen Synode.** In: *Reformatio* Jhg. 31 Heft 5 (Mai 1982) S. 257–307.

Ende 1981 wurde die „Vereinigung für eine Schweizerische Evangelische Synode“ gegründet. Das Heft der „Reformatio“ umfaßt verschiedene Beiträge, die auf die Geschichte dieser nicht von den Kirchenleitungen, sondern von einzelnen Gruppen getragenen Initiative eingehen, das Projekt einer Synode auf dem Hintergrund der Situation des Schweizer Protestantismus betrachten und Erwartungen an die Synode artikulieren. So weist *Lukas Vischer* darauf hin, das Projekt einer Schweizerischen Evangelischen Synode werfe vor allem die Frage nach dem Verhältnis des einzelnen zur Kirche als Gemeinschaft auf. Es könne nur gelingen, wenn in den evangelischen Kirchen die Vision der Kirche als Leib neu lebendig werde. Es müsse von neuem klar werden, daß gelebte Gemeinschaft Voraussetzung für das wirkliche Zeugnis der Kirche sei. Angesichts der desolaten Situation der Volkskirche meint *Robert Leuenberger*, für die Schweizer Protestanten könne sich das Risiko lohnen, „in einer ‚Konfession‘, deren Sprache und Stil noch zu finden wäre, Réchenschaft abzulegen über das, wovon man lebt“.

## Personen und Ereignisse

In einer Botschaft an die UNO-Sondersitzung über Abrüstung warnte *Johannes Paul II.* erneut vor der Gefahr eines weltweiten Atomkriegs. Die Abschreckung auf der Grundlage eines militärischen Gleichgewichts sei zwar als Etappe auf dem Weg zur Abrüstung noch moralisch zu rechtfertigen; es bestehe aber die Gefahr, daß sich das Streben nach Gleichgewicht in ein Streben nach Überlegenheit verwandle. Der Papst erwähnte auch die Friedensbewegungen, die in einigen Ländern von einem wachsenden Teil der Bevölkerung unterstützt würden. Ihre ideologischen Grundlagen seien vielfältig. Aber jenseits der Unterschiede zeige sich darin ein tiefes Verlangen nach Frieden. Eine dauerhafte Friedenspolitik könne aber nur Erfolg haben, wenn die derzeitige Krise der Ethik überwunden werde.

Neuer Bischof von Regensburg als Nachfolger des zurückgetretenen 78jährigen Bischofs *Rudolf Gruber* wurde der bisherige Weihbischof in Augsburg *Manfred Müller* (55). Müller war vor seiner Ernennung zum Weihbischof hauptberuflich Religionslehrer.

Der Romano-Guardini-Preis 1982 der katholischen Akademie in Bayern wurde am 27. Juni der 50jährigen Priorin *Gemma Hinricher* verliehen. Die Ordensfrau leitete seit 1970 den Karmel Heilig Blut auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau und wurde Pfingsten dieses Jahres zur Priorin des neuen Karmels Re-

gina Martyrum nahe der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee gewählt. Gemma Hinricher, die auch als Autorin tätig ist, ist der 13. Preisträger der mit 10000 Mark dotierten Auszeichnung.

Eine scharfe abgrenzende Einstufung der Friedensbewegung in der DDR nahm der Kirchenpräsident von Dessau und Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche der Union/Bereich DDR, *Eberhard Natho*, auf der EKV-Bereichssynode in Ostberlin vor. Nach Natho gibt es eine unabhängige und selbständige Friedensbewegung in der DDR nicht, „nicht in unserer Kirche und auch sonst nicht“. Wenn junge Christen für den Frieden sich engagierten, dann sei dies Ausdruck ihres Glaubens, ihrer Hoffnung und ihrer Liebe zum Leben.

Vor der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR hat der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel* die DDR-Führung dazu aufgefordert, pazifistischen Strömungen in den Kirchen mit mehr Toleranz zu begegnen. Pazifisten seien bei den jeweiligen Regierungen nie besonders beliebt gewesen, sie hätten aber immer zu den Entschlossenen und Leidensbereiten gehört. Am Maße der Toleranz ihnen gegenüber bewährten sich Größe und Selbstvertrauen einer Regierung. Hempel wies den staatlicherseits geäußerten Verdacht zurück, dem Friedensengagement der DDR-Kirchen liege eine reaktionäre Grundhaltung zugrunde.

Dieses Engagement sei vielmehr auch ein Ergebnis des Lebens in der sozialistischen Gesellschaft.

Zum erstenmal wurde mit der 62jährigen *Thérèse Klipffel* eine Frau Vorsitzende der Synode der Reformierten Kirche von Elsaß und Lothringen. Sie folgt in diesem Amt Pastor *Christian Schmidt*, der nach 12 Jahren zurücktritt. Die notwendige Zweidrittelmehrheit für Frau Klipffel kam erst im vierten Wahlgang zustande.

Bei einer Internationalen Konsultation des Lutherischen Weltbundes über Mission und Verkündigung in Stavanger sprach sich der Generalsekretär des Indonesischen Christenrates, *Soritua Nababan*, nachdrücklich gegen die Forderung aus, die Kirchen in Europa und Nordamerika sollten sich finanziell und personell aus der Mission zurückziehen. Die Kirchen sollten sich in Krisensituationen nicht voneinander trennen; der Moratoriumsgedanke für die Mission laufe dem Gemeinschaftscharakter der Kirchen zuwider. Zusammenarbeit in Mission und Evangelisation sei allerdings nicht das letzte Ziel der Partnerkirchen. Vielmehr gehe es darum, gemeinsam die weltweite Einheit des kirchlichen Zeugnisses sichtbar zu machen.

Beilagenhinweis:

*Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Kerle, Freiburg, bei.*